

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

19.7.1924 (No. 167)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. A. u. d.
Karlsruhe

Wagnerspreis: In Karlsruhe und umher frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Sonntags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduziert. Bei Anzeigen, die über den gewöhnlichen Tarif hinausgehen, wird die Berechnung der Anzeigengebühr nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt. Bei Anzeigen, die über den gewöhnlichen Tarif hinausgehen, wird die Berechnung der Anzeigengebühr nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt. Bei Anzeigen, die über den gewöhnlichen Tarif hinausgehen, wird die Berechnung der Anzeigengebühr nach dem Inhalt der Anzeigen bestimmt.

* Die Londoner Konferenz

Bisher hat die Londoner Konferenz keine besonderen Überraschungen gebracht, weder nach der guten, noch nach der bösen Seite hin. Sollte allerdings die Meldung zutreffen, daß Owen Young im Namen der Geldgeber erklärt hat, man sei mit einer Priorität für den Zinsendienst der 800 Millionen-Anleihe zufrieden und räume Frankreich grundsätzlich das Recht zu Sonderaktionen im Falle einer abfälligen Verzinsung Deutschlands ein, so würde das allerdings eine Wendung sein, die wir zum mindesten vom deutschen Standpunkt aus als höchst bebenlich bezeichnen müßten. Doch ist diese Meldung noch nicht bestätigt.

Sollte sie bestätigt werden, so bestünde allerdings noch immer die Möglichkeit, daß im entscheidenden Augenblick, d. h. wenn Frankreich zu Sonderaktionen schreiten will, ein schon heute vereinbarter Druck von amerikanischer und englischer Seite aus auf Frankreich ausgeübt wird, um es vor unüberlegten Maßnahmen abzuhalten. Wichtig ist ja das eine, daß die übrigen Konferenzteilnehmer Frankreich nicht gegen seinen Willen zwingen können, ein für alle mal auf Sonderaktionen zu verzichten. Und selbst dann, wenn Herriot eine derartige Verpflichtung eingehen würde, ist damit noch keine absolute Gewähr geboten, da eine anders zusammengesetzte Regierung in Paris sich sicherlich nicht scheuen wird, diese Verpflichtung zu ignorieren, falls ihr solches besser in den Kram paßt.

Nichtig ist aber auch das eine, daß, wenn Frankreich das Recht zu Sonderaktionen ausdrücklich zugesichert erhält, damit die Tür zu einer Politik des Imperialismus und der Sanktionen offen bleibt. England, Amerika und Italien würden dann also eine Frage, von der letzten Endes doch der Wiederaufbau und der Frieden Europas abhängt, nicht gelöst, sondern nur vertagt haben. Und das wäre immerhin ein Erfolg der traditionellen französischen Politik, wie wir sie vor einigen Tagen an dieser Stelle geschildert haben.

Nun ist es allerdings möglich, daß die übrigen Konferenzteilnehmer unter Hinweis auf diesen großen französischen Erfolg Frankreich zu einem Entgegenkommen in den anderen wichtigen Punkten bewegen, zu einem Entgegenkommen, das so bedeutsam ist, daß es praktisch wenigstens für die nächste Zeit eine friedliche Zusammenarbeit aller beteiligten Mächte gestattet.

Sollte sich die Meldung über die Erklärung Owen Youngs bewahrheiten, so wird das Verhalten der amerikanischen Geldgeber und ihrer politischen Berater sicherlich damit begründet werden, daß der Sachverständigenplan sich ausdrücklich auf das Gebiet des Geschäftlichen und Wirtschaftlichen beschränkt, daß Amerika bisher eine jede Einmischung in die rein politischen Kämpfe Europas ablehne, und daß demnach auch die amerikanischen Geldgeber keine Veranlassung hätten, politische Verpflichtungen zu verlangen, wenn ihnen hinreichende finanzielle Garantien (eben die Priorität) gegeben werden. Offiziell wäre es dann Sache der englischen und der italienischen Politik, im Rahmen der Reparationskommission oder im Rahmen dessen, was man bisher Entente nannte, Frankreich von einer Wiederbelebung des Boincarismus abzuhalten.

Für Deutschland würde die Situation jedoch so gut wie unerträglich sein, wenn von neuem das Recht Frankreichs zu eigenmächtigen Sanktionen anerkannt würde. Immer würde dieses Recht als ein Damoklesschwert über unserm Volke schweben. Und man kann sich kaum eine wirkliche Gesundung unserer Wirtschaft vorstellen, wenn nicht Frankreich endlich gezwungen wird, auf alle militärischen Maßnahmen uns gegenüber zu verzichten.

Gewiß besteht die Aussicht, daß die Feststellung einer abfälligen Verzinsung Deutschlands auf der Londoner Konferenz von Bedingungen abhängig gemacht wird, die Frankreich den Vorwand zu einer Sonderaktion nehmen.

Nicht ohne Grund spricht man von einer „abfälligen Verzinsung“. Und eine solche nachzuweisen, ist nicht einfach, zumal dann nicht, wenn England aus politischem und wirtschaftlichem Interesse, Amerika aus lediglich wirtschaftlichem Erwägungen heraus ihren Einfluß im Sinne einer Bügelung Frankreichs geltend machen.

Schließlich spitzt sich das ganze Problem aber doch immer wieder auf die Frage zu, ob Frankreich gesonnen ist, eine Politik der Mäßigung zu treiben, oder ob es die imperialistische Politik eines Joch und eines Boincaré fortsetzen will. Kommt in Paris eine Regierung ans Ruder, die poincaristisch eingestellt ist, so ist die Konfliktsmöglichkeit sofort gegeben, und es fragt sich dann nur, welche Druckmittel England und Amerika anwenden wollen, um Frankreich zur Raison zu bringen.

Nichts Positives aus London

Aber den Verlauf der Konferenz laufen täglich eine Reihe von Situationsberichten ein, die aber wenig Positives über die Lage erkennen lassen und deren Wiedergabe sich daher erübrigt. Amerika besteht anscheinend weiter darauf, daß es ohne politisches Einlenken Frankreichs keine Anleihe gewähren kann. Verschiedene Nachrichten zeigen, daß Herriot zwar begünstigt, diese seine Zwangslage einzusehen, jedoch bisher noch nicht instande war, endgültige Folgerungen daraus zu ziehen.

Ein französischer Kompromißvorschlag

Paris, 19. Juli. Die französische Delegation des ersten Komitees hat — wie die Morgenblätter aus London melden — auf einen englischen Vorschlag hin ein Kompromiß ausgearbeitet, das im wesentlichen aus vier Paragraphen besteht und wie folgt lautet:

§ 1. Wenn die Reparationskommission sich vereinigt, um eine Verzinsung Deutschlands festzustellen, dann wird ein Amerikaner mit Stimmrecht daran teilnehmen. Er wird für die Dauer von fünf Jahren einstimmig von der Reparationskommission selbst oder, wenn eine Einstimmigkeit nicht erfolgt, vom Vorsitzenden des Schiedsgerichtshofes in Haag ernannt.

§ 2. Die Mächte haben nach Feststellung von Verzinsungen Deutschlands Sanktionen zu bestimmen, die ergriffen werden sollen, um Deutschland an seine Pflichten zu erinnern. Die Mächte müssen jedoch eine gewisse Verantwortlichkeit gegenüber den Zeichnern der deutschen Anleihe eingehen.

§ 3. Die Anleihezeichner werden nicht nur ein Prioritätsrecht auf die Dauer von Deutschland zu leistenden Zahlungen haben, sondern die Summen, die auf Grund der Sanktionen, die man ergreifen werde, einfließen werden, müssen in erster Linie für den Anleiheendienst verwendet werden.

§ 4. Unter diesen Bedingungen wird die Handlungsfreiheit der Mächte respektiert.

London, 18. Juli. Wie die „Times“ berichtet, ist der Bericht Seydoux über die wirtschaftliche Lösung der Ruhrfrage, der heute vormittag der Kommission vorgelegt werden soll, in sehr entgegenkommender Form gehalten, besagt aber, daß es in dem 2. § unklar für Frankreich ein Mindestmaß von Zugeständnissen gebe. Das französisch-belgische Eisenbahnpersonal könne aus dem besetzten Gebiet nicht zurückgezogen werden. 600 bis 1000 Beamten müßten zurückbleiben, um für den Fall eines deutschen Eisenbahnstreikes die völlige Isolierung der französischen Streitkräfte zu verhindern, oder im Falle der Erneuerung der Besetzung als Stammtuppen zu gelten.

Die Zulassung Deutschlands

Paris, 19. Juli. Der Sonderberichterstatter der „Ere Nouvelle“ meldet aus London, die beiden Ministerpräsidenten Herriot und Macdonald hätten gestern über die Zulassung Deutschlands zur Londoner Konferenz beraten. Macdonald wünsche, daß die Deutschen bedingungslos zugelassen würden. Herriot dagegen wolle ihre Zulassung unter den gleichen Formalitäten, die den deutschen Delegierten in Versailles aufgezwungen worden seien.

London, 19. Juli. Reuters fügt seiner Meldung über die gestrigen Kommissionsarbeiten hinzu, daß von einer Einladung Deutschlands nicht die Rede gewesen sei. Auch sei eine solche Einladung nicht diskutiert worden, da dies natürlich Sache der Plenarkonferenz und nicht der Kommission sei.

Paris, 18. Juli. Der deutsche Votschaffer von Goesch hatte heute eine Unterredung mit dem stellvertretenden Minister des Auswärtigen, René Renoult, mit dem er Fragen, die das besetzte Gebiet betreffen, besprach, vor allen Dingen Fragen über die Ausgewiesenen und die Gefangenen.

Politische Neuigkeiten

Die Konferenz der Ernährungsminister

Unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Grafen Ranik berieten am Freitag die Landwirtschaftsminister der Länder in Berlin über die Notlage der Landwirtschaft. Zur Sicherung der künftigen Ernährung wurden einmütig sofortige Maßnahmen verlangt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wurde ersucht, die Verhandlungen zwecks Kreditverleihungen für die Landwirtschaft, insbesondere auch für die Herbstbestellung mit Nachdruck fortzusetzen. Nach dem bereits erlangten Erlaß des Reichsfinanzministers sollen die Steuererhebungen zu einem Termin erfolgen, an dem der Landwirtschaft neue Einnahmen zufließen. Am 20. Juli wird der Vergütungszuschlag für nicht gestundete Steuer von 5 Prozent auf 3 Proz. herabgesetzt. Hinsichtlich der neuen Vollvorlage betonte Graf Ranik, daß das Gesamtministerium zu der neuen Vorlage stehe. Der bayerische Landwirtschaftsminister Professor Fehr dankte dem Grafen Ranik für sein nachdrückliches Eintreten zugunsten der notleidenden Landwirtschaft.

Ein Entwurf eines deutschen Beamtengesetzes
das die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten regeln und die Grundzüge für das Recht der Beamten der Länder usw. aufstellen soll, ist von der demokratischen Reichstagsfraktion nunmehr dem Reichstag vorgelegt worden. In den allgemeinen Bestimmungen sind u. a. gefordert:

Die Zulassung zu dem Beamtenverhältnis, das ein Hoheits- und Schutzverhältnis ist, darf nicht abhängig gemacht werden von Abstammung, Glaubensbekenntnis, politischer Gesinnung, Zugehörigkeit zu einer Partei, zu politischen oder beruflichen Vereinigungen. Die Berufung in ein Beamtenverhältnis, die auf Lebenszeit erfolgt, kann von einer Bewährungsfrist bis zu vier Jahren abhängig gemacht werden. In der Wahl seines Wohnortes ist der Beamte nur insoweit beschränkt, als die Ausübung seines Amtes beeinträchtigt wird. Zu den Dienstverhältnissen gehören Ruhestandseinkommen, Reise- und Umzugskosten, Einsicht in die Personalnachweise, Sterbe-, Witwen- und Waisengeld, Gehaltsrückstellungen, Urlaub u. a. mehr. Der Beamte soll seine Personal-, Dienst-, Straf- und Prüfungsakten in Gegenwart eines beauftragten Beamten uneingeschränkt einsehen und sich Abschriften und Auszüge machen dürfen. Das Dienstverhältnis ist vierteljährlich im voraus zu zahlen.

Im Beamtenausschuß des Reichstags wurde der Zentrumsantrag angenommen, der eine Neuordnung des Beamtenrechts verlangt. Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Gleichstellung der Altpensionäre mit den Neupensionären wurde angenommen. Ferner wurden angenommen: Anträge gegen Verfüzung des Erholungsurlaubs und auf Wiedereröffnung der ungeteilten Dienstzeit, da wo die dienstlichen Verhältnisse es zulassen. Eine Entschließung der Sozialdemokraten, die die grundsätzliche Festlegung auf den Klassenstand fordert und eine zweite, die ein Reichsgesetz in diesem Sinne verlangt, wurde abgelehnt.

Entschlüssen im bayerischen Landtag

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages machte bei Beratung der Anträge der Sozialdemokraten, Kommunisten und des bürgerlichen Blocks auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern der Abg. Schaeffer (Bayr. Vpt.) aufsehenerregende Entschlüssen:

Es sei schwer, in das etwas in Wirrwarr gefommene Parteigebilde der bürgerlichen Einigkeit zu gewinnen. Nun könne er feststellen, daß vor wenigen Wochen ein Geheimerlaß der Zeitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hinausgegangen sei mit dem Inhalt: Bei den kommenden kommunistischen Unruhen verhalten sich die Nationalsozialisten neutral. In diesem Zusammenhange scheine es ihm durchaus glaublich, daß in den letzten Wochen einige bürgerliche Hundstrecken zu den Kommunisten übergegangen seien. Die bürgerlichen hätten den Antrag der Kommunisten auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses unterstützt. Dieser Ausschuss werde die Aufgabe haben, das Material, das im Hitlerprozess nicht ganz der Öffentlichkeit übergeben worden sei, zu prüfen. Es werde dabei herauskommen: 1. ein Aktionsprogramm der sogenannten bürgerlichen, das seines Wertes bürdet sei vom 22. und 23. September 1923, 2. Forderungen der bürgerlichen an Herrn v. Kahr vom 28. September 1923. Dazwischen liege also der 26. September mit der Bestellung Kahr's als Generalstaatskommissar. In dem Aktionsprogramm sei der Gedankengang folgender: Wir leben in einer ungeheuren wirtschaftlichen Not. Wir müssen diese Stimmung jetzt (September 1923) für uns ausnützen, und die Stimmung ist so, daß wir in wenigen Tagen mit Zustimmung der ganzen bayerischen Bevölkerung die Macht in der Hand haben. Der Plan ist folgender: Man muß der bayerischen Volkspartei nahe legen, einen Ernährungsminister zu bestellen. Dieser kann die Hoffnungen, die auf ihn gesetzt werden, voraussichtlich nicht erfüllen. Bei wirklich durchgreifenden Maßnahmen muß er sofort in Konflikt mit der Reichsregierung kommen. Es wird unter allen Umständen unter dem Ernährungsminister zu großen innerpolitischen Unruhen kommen und dann müssen wir uns nach außen hin der Staatsregierung zur Verfügung stellen unter der Bedingung, daß wir das Polizeipräsidium, das Staatsministerium des Innern und eine Art Generalkommissariat mit unsern Leuten besetzen. Dann haben wir die Macht in der Hand ohne Revolution. Am 26. Sept. 1923 sei die Ernennung Kahr's zum Generalkommissar erfolgt. Das Urteil der Nationalsozialisten darüber sei folgendes gewesen: Diese Bestellung war von den Merkmalen ein sehr guter Schachzug; was vor wenigen Tagen noch möglich schien, nämlich die ganze Macht in Bayern ohne Revolution in die Hand zu bekommen, ist heute unmöglich. Denn Kahr hat nun einmal einen großen Teil der Vaterländischen hinter sich und in Widerstreit mit diesen können wir uns nicht sehen. Wir müssen an Kahr Forderungen stellen, die vaterländisch klingen, von denen wir aber wissen, daß sie nicht durchführbar sind. Reht er ab, dann ist er als Schwachmutter in der öffentlichen Meinung unten durch. Auf diese Weise müssen wir Kahr in seinem Ansehen zu untergraben suchen. Dies der nationalsozialistische Gedankengang. Kahr sei so unvorsichtig gewesen, sich in Verhandlungen mit den Parteivertretern einzulassen, und damit sei die Autorität Bayerns verfallen. In der Abstimmung wurden sämtliche Anträge auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern abgelehnt.

Abg. Schaeffer von der Bayer. Volkspartei gibt dem bayerischen Kurier den Brief bekannt, den der jetzige bürgerliche Abgeordnete Graf Fischer v. Treuberg am 18. Sept. 1923 an den bürgerlichen Abg. Dr. Glaser schickte, worin es u. a. heißt: Bei der bevorstehenden Aktion muß ganze Arbeit gemacht werden. Man muß nicht nur den roten Wazi verhaften und fesseln lassen, sondern auch Dittinger, Fölscher und unter Umständen auch Kahr verhaften. Man dürfe auch nicht zurückweichen, Leute wie Hellingrath, früherer bayerischer Kriegsminister, zu packen und vor Gericht zu stellen. In der ersten Zeit dürfe als Strafe nur Todesstrafe gelten. — Zum Schluß wird gefragt, ob dieser Brief sich bei den Gerichtsakten im Hitler-Rubendorff-Prozess befinden habe.

Der Stillstand der völkischen Bewegung

Der „Jungdeutsche“, das Blatt des „Jungdeutschen Ordens“, knüpft an den Rücktritt Hitlers von der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei folgenden bemerkenswerten Kommentar:

„Die völkische Bewegung in Bayern ist zu einem gewissen Stillstand gekommen. Die parteipolitischen Wahlen haben der völkischen Bewegung in Bayern eine ungeheure Belastung gebracht. Was von Weiterlebenden immer befürchtet wurde, ist eingetreten. Die einst im lebhaften Fluss befindliche völkische Bewegung mündet nach und nach in die starre Form eines Parteigebildes.“

Vor den Wahlen sagte Hitler einmal: „Der deutsche Parlamentarismus ist der Untergang und das Ende der deutschen Nation. Die Parlamentarier unterdrücken alles, was über das Mittelmaß hinausgeht. Sie haben Angst, daß jemand ohne die „Majorität“ Kraft besäße. Was einzig Deutschland noch retten kann, ist die Diktatur des nationalen Willens und der Entschlossenheit! Unsere Aufgabe ist es, dem Diktator, wenn er kommt, ein Volk zu geben, das reif für ihn ist.“ Dieser Grundgedanke zieht sich wie ein roter Faden durch Hitlers bisheriges Wirken. Nach der Bruchlegung Hitlers hat sich dann ein völliger Umschwung vollzogen. Fast alle bekannten Führer der nationalsozialistischen Bewegung haben kandidiert und sind größtenteils in Landtagen und in den Reichstag gewählt worden. Hitler selber hat während der ganzen Wahlen nicht ein einziges Mal seine Stimme erhoben oder seinen Einfluß nach irgend-einer Richtung geltend gemacht.

Diese plötzliche Umstellung von der rücksichtslosen Ablehnung und Bekämpfung des Parlamentarismus bis zur Bejahung des Parlamentarismus ist für die Bewegung in Bayern katastrophal. Die besten Führer sitzen jetzt in den Parlamenten und haben keine Zeit mehr, sich draußen im Lande um die Bewegung zu kümmern. Während des Wahlkampfes hieß es, die Völkischen gingen nur ins Parlament, um es an Ort und Stelle um so besser bekämpfen zu können. Dieses Wort gilt für Bayern nicht mehr. Die Völkischen sind heute die zweitstärkste (drittstärkste D. R.) Partei im bayerischen Landtag. Sie sind somit ein wesentlicher Teil des Parlamentarismus geworden. Und die Wähler, entsprechend deren parteipolitischen Einstellung erwarten etwas von der völkischen Partei im Landtag. Wird ihnen aber nichts, dann fühlen sie sich enttäuscht und wählen das nächste Mal eine andere Partei. Darüber darf kein Zweifel obwalten, daß der unerwartet große Wahlerfolg der Völkischen in Bayern eine Stimmungswahl gewesen ist und nicht als Prüfstein für die Vertiefung des völkischen Gedankens in Bayern gewertet werden kann. In den Wählern sind Erwartungen erweckt, die in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden können. Dazu ist die Zeit noch nicht reif, noch weniger die Menschen selber. Daß aus den einflussreichen Führern der völkischen Bewegung „Parlamentarier“ geworden sind, reißt tiefe Runden in die völkische Bewegung. Sehr schmerzhaft ist die Tatsache, unsern Feldherrn Ludendorff im Parlament zu wissen.

Was hier von der völkischen Bewegung in Bayern gesagt ist, gilt für das ganze Reich. Bereits die Wahlen zum Reichstag haben mehrfach einen Rückgang der völkischen Stimmen gebracht. Der Gegensatz, der zwischen den großen Worten der Völkischen und ihren minderwertigen Taten klappt, hat eine starke Ernüchterung in den Kreisen hervorgerufen, die den Phrasen der völkischen Agitation Beifall gezollt hatten. Der Hauptverbündete der deutschen Nationalisten, Poincaré, ist gefallen. Wenn der Poincarismus aus der französischen Politik vollkommen getilgt wird, würde, wie das „Berl. Tageblatt“ sagt, der Gesundheitsprozess im innerpolitischen Leben Deutschlands rasche Fortschritte machen.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des stat. Reichsamtes für Mittwoch, den 16. Juli 1924 auf 1,15 billionenfache der Vorkriegszeit. Die Abnahme von 3,4 Proz. gegen die Vorwoche (1,19 billionenfache) ist hauptsächlich auf die Verbilligung der Gemüse, Kartoffeln und teils auch der Bekleidung zurückzuführen.

Deutsche Parlamentsreform. Einer Parlamentskorrespondenzmeldung zufolge ist der neue Gesetzentwurf über die Parlamentsreform dem Reichstag zugegangen. Es ist darin ein Abbau der Zahl der Reichstagsabgeordneten von 471 und 399 vorgesehen.

Nachklänge zum Münchener Hitlerprozess. Der Strafsenat des Oberlandesgerichtes München hat — wie der „Völkische Kurier“ meldet — der Beschwerde des Justizrates Dr. Schramm als Vertreter der Mutter des erschossenen Leutnants Casella stattgegeben und beschlossen, gegen den Oberleutnant der Reichswehr Braun ein Verfahren wegen fahrlässigen Totschlags zu eröffnen. Es handelt sich hierbei um die Aussagen Brauns im Hitler-Prozess.

Der 8-Stundentag. Wie von der Vereinigung leitender Angestellten mitgeteilt wird, lehnt diese entschieden den von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden aller Richtungen gefaßten Beschluß, einen Volksentscheid über die Frage des Achtstundentages herbeizuführen, ab. Bei den wirtschaftlichen Kosten, die der Davesbericht auferlege, sei heute eine Festlegung des Achtstundentages nicht diskutierbar.

Neue Stilllegungen im Ruhrgebiet. Auf zahlreichen Forderungen des Ruhrbergbauwesens mußte am Freitag wiederum wegen Absatzmangels gefeiert werden. Es wurden Feiertage auf 14 Tagen gemeldet. Auf einigen Tagen ruht der Betrieb vollständig. Die Zahl der feiernden Bergleute beläuft sich auf etwa 25 000.

Das österreichische Beamtengezet. Der österreichische Nationalrat widmete am Freitag den größten Teil seiner Dauer-sitzung, die von Vormittag bis Mitternacht währte, der Erledigung des Beamtengesetzes. Die Vorlage wurde gemäß den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Die dazu vorliegenden sozialistischen Anträge wurden mit den Stimmen der Christlich-sozialen und der Großdeutschen abgelehnt.

Wieder eine Niederlage des Kabinetts MacDonald. Das englische Unterhaus hat am Freitag in dritter Lesung die Vorlage über die Arbeitslosenversicherung angenommen. Vorher hat die Regierung eine neue Niederlage erlitten, indem mit 171 gegen 149 Stimmen ein konservativer Zusatzantrag über gewisse Vollmachten des Arbeitsministers angenommen wurde, der von der Regierung bekämpft worden war. Diese Niederlage der Regierung wurde von den Konservativen und den Liberalen mit lautem Beifall aufgenommen.

Der amerikanische Konsul in Teheran ermordet. Reuter meldet aus Teheran, daß der amerikanische Konsul von dem Straßenpöbel getötet wurde.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Aufhebung des Arbeitsministeriums

In der Freitagssitzung des Haushaltsausschusses übergab Staatspräsident Köhler dem Landtag einen Gesetzentwurf, der in seinem einzigen Artikel besagt:

„Das Arbeitsministerium wird auf 1. Oktober 1924 aufgehoben. Von dem Geschäftsbereich des bisherigen Arbeitsministeriums gehen die seit her von der Wasser- und Straßendirektion bearbeiteten Angelegenheiten, sowie die Geologische Landesanstalt an das Finanzministerium, die übrigen Geschäfte an das Ministerium des Innern über.“

Der Staatspräsident fügte der Übergabe dieses Entwurfs den Dank für den aus der Regierung ausscheidenden Arbeitsminister Dr. Engler an. Eine tüchtige Arbeitskraft gehe mit Dr. Engler dem Staatsministerium verloren. Schon als Staatsrat und später als Minister habe sich Dr. Engler in allen Angelegenheiten als kenntnisreicher Mitarbeiter bewährt. Der Dank des ganzen Landes sei ihm sicher.

Namens des Haushaltsausschusses schloß sich sein Vorsitzender Abg. Marum dieser Dankesabstimmung an Engler im vollen Umfange an: Der Haushaltsausschuß habe gut mit ihm gearbeitet und jederzeit volle Wahrung seiner Interessen, soweit dies mit den Aufgaben des Arbeitsministeriums vereinbar sei, gefunden.

Der Staatspräsident Dr. Köhler teilte dann weiter mit, daß die wertvolle Arbeitskraft Dr. Englers dem badischen Saate erhalten bleiben solle; darauf lege die Staatsregierung großen Wert. Sie beabsichtige, das Gewerbeaufsichtsamt, in welchem die sozialen Belange der badischen Arbeiterschaft verkörpert sind, wieder zu größerer Bedeutung gelangen zu lassen. Dieses solle die öffentliche und soziale Beachtung finden, welche es unter dem verstorbenen Wörrißhofer und unter dem noch lebenden Oberregierungsrat Wittmann, welche als Fabrikinspektoren fungierten, gehabt habe. Die gegenwärtige Entwicklung der Arbeitsverhältnisse bedinge diesen Ausbau des Gewerbeaufsichtsamtes.

Der Haushaltsausschuß nahm von dieser Mitteilung Kenntnis; die Vertreter der einzelnen Parteien sprachen sich fast überwiegend zustimmend zu dem Gesetzentwurf der Regierung aus. Der „Bad. Volk.“ berichtet darüber: Ein Zentrumsredner wies insbesondere darauf hin, daß die vom Staatspräsidenten bereits hervorgehobene starke Wahrung und Sicherung der sozialen Belange in den Grundgedanken der Zentrumspartei verankert seien; dem ausscheidenden Minister stellte auch er das Zeugnis eines weitsehenden und objektiv denkenden Mannes aus. Eine Verschiedenheit in der Auffassung des Ausschusses ergab sich nur bei der Verteilung der Geschäfte des aufzuhebenden Ministeriums.

Ein Antrag des Abgeordneten Weber von der Deutschen Volkspartei wollte eine etwas andere Verteilung. Der Antrag der Staatsregierung, die durch die Art und Weise, wie sie die seit Monaten schwebende Frage behandelte, bewiesen hat, daß sie den größten Wert auf Führung legt, wurde schließlich mit 14 Stimmen des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und des Abgeordneten Kläiber angenommen.

Gleichzeitig wurde dem Ministerium des Innern eine neue Ministerialratsstelle zugewiesen, an Stelle einer beim Arbeitsministerium wegsfallenden Oberregierungsratsstelle. Man wird in der Annahme wohl nicht fehlgehen, daß diese neue Stelle für den Ausbau des Gewerbeaufsichtsamtes bestimmt ist.

Die badische Gesandtschaft in Berlin

Bei dem Titel „Gesandtschaft in Berlin“ beantragte im Haushaltsausschuß der Abg. Kläiber die Aufhebung der Gesandtschaft. Ein Zentrumsredner sprach sich für die Erhaltung aus, weil die Aufhebung tatsächlich nur eine scheinbare Ersparnis wäre. Gerade jetzt müsse der größte Wert auf wirksame Vertretung der badischen Interessen in Berlin gelegt werden. Ob dafür der jetzige Gesandte allerdings der rechte Mann sei, lasse er dahingestellt. Ein demokratischer Redner wies darauf hin, daß die landwirtschaftlichen Organisationen den Bestand der Gesandtschaft in Berlin bei Vertretung ihrer Interessen mehrfach schon recht wohlthuend empfunden hätten. Der Staatspräsident erklärte, daß durch die Aufhebung der Gesandtschaft überhaupt nichts gespart würde, denn drei Reichsratsbevollmächtigte wie bisher müßten zur jetzigen Zeit unter allen Umständen in Berlin haben. Der Gesandte sei eben nicht nur Repräsentationsperson, sondern auch Reichsratsbevollmächtigter. Wenn man an der jetzigen Besetzung der Stelle kritisiere, so soll man nicht die Stelle als solche zu beseitigen suchen. Eine ständige Vertretung Badens in Berlin im jetzigen Umfange sei unbedingt notwendig. Ein Übermaß von Orientierung über die politischen Vorgänge habe die badische Regierung in den letzten Jahren, von der Gesandtschaft allerdings nicht erhalten.

Die Gesandtschaft wurde schließlich mit 17 Stimmen gegen die Stimmen des Landbundes und der Kommunisten genehmigt.

Die badische Landwirtschaftskammer

In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 15. Juli beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Antrag des Landbundes, unterstützt von Vertretern der deutschnationalen, liberalen und demokratischen Partei, der bad. Landwirtschaftskammer die gesamte Förderung der Landwirtschaft einsch. des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, unter Überlassung der im Staatsvoranschlag hierfür vorgesehenen Mittel, zu übertragen. Der Berichterstatter Abg. Gebhard begründete in längerer Ausführungen den Antrag und empfahl die Annahme desselben.

Die Regierung erklärte, dem Antrag nicht zustimmen zu können, sie sei nicht der Meinung, von ihrer bisherigen als richtig erkannten Haltung abgehen zu können. Neue Gesichtspunkte seien auch von dem Berichterstatter nicht beigebracht worden. Wenn die Landwirte einmal selbst die Beiträge für die Landwirtschaftskammer bezahlen müßten, statt durch die Übernahme auf die meisten Gemeindefiskus auf Kosten der Allgemeinheit, auf die Umlagen-Zähler, würden die Ansprüche sicherlich rückwärts revidiert werden. Denn die Verwaltungskosten der Landwirtschaftskammer bei Übernahme dieser Leistungen wären viel größer, als die des Staates. Es liege in der Tendenz des Antrages das Bestreben, gewisse Gebiete aus dem Machtbereich des Staates herauszunehmen, und die Selbstverwaltung zu stärken. An und für sich sei das Bestreben der Selbstverwaltungsbegreiflich und zu verstehen. Aber die Politisierung der Landwirtschaftskammer, ein Instrument bestimmter Interessengruppen, gibt keine Garantie, daß diese Aufgabe besser oder gleich gelöst werden, als wie durch den Staat. Auch die Stellung der Ökonometrie, staatliche Beamte, unter die Landwirtschaftskammer wäre untragbar ebenso die Unterstellung des gesamten Veterinärwesens samt den staatlichen Tierärzten. Völlig abzulehnen sei auch die Auslieferung des gesamten Schulwesens an die Landwirtschaftskammer. In keinem der Länder der Welt sei auch das gesamte landw. Interessengebiet den Landw.-Kammern übertragen. Die Regierung mache keinen Vorwurf, wenn politische Parteien Einfluß auf die Landwirtschaftskammer erlangen wollen, aber der Staat muß sich anders einstellen. Die Verwaltung der öffentlichen Körperschaften muß auch dem Einfluß des Staates unterliegen. Aber auch die Landwirtschaftskammer gleichgestellten anderen Institutionen, Handelskammern und Handwerkskammern haben noch nie derartige Forderungen erhoben. Ein Nebeneinander- und Zusammenarbeiten von Staat und Landwirtschaftskammer wäre auch gut möglich, wenn beiderseits der gute Wille herrschte. Wenn die badische Landwirtschaft, die Landwirtschaftskammer sich auf den Grundgedanken völliger Selbstverwaltung stellt, dann muß die Landwirtschaftskammer, die bad. Landwirtschaft auch sämtliche Mittel selbst aufbringen. Wenn die Zuständigkeit getrennt, dann muß auch ganzer Schnitt gemacht werden. Die badische Landwirtschaft, die immer als Musterbeispiel hingestellt wird, hat bei weitem nicht das, was die badische Landwirtschaft hat.

Die Regierung machte sodann noch Mitteilung über die Kreditation für die Landwirtschaft, die im wesentlichen der Großlandwirtschaft zugute gekommen sei und von dem Gesamtbetrag sei rund 70 Proz. nach Ostpreußen und Pommern gefallen.

In der nun folgenden Aussprache verwies der Sprecher des Zentrums darauf, daß es noch andere öffentliche Körperschaften gibt, wie die Landwirtschaftskammer, die auch das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen könnten. Auch liege die prinzipielle Entscheidung über die Frage vor, der Übertragung der Schule an öffentliche Körperschaften (Kirchen?) unter Aufbringung der Mittel durch den Staat. Weiter seien politische Momente zu beobachten, politisierende Interessengruppen kämpfen um die Stärkung ihrer pol. Macht. Das Zentrum tue hier nicht mit, staatliche Mittel zu bewilligen, um die politischen Kreise zu stärken, sie lehnen den Antrag daher ab. Im Augenblick, wo das Zentrum sehe, daß die Landwirtschaftskammer keine Politik mehr treibe, sondern nur die Förderung der Landwirtschaft im Auge habe, könne man prüfen, was zu tun sei. Der Zentrumsredner kam noch auf die landw. Kreditation, einen Artikel, der neuen bad. landw. Zeitung über Rentenmarktkredite zu sprechen, und schloß, daß es nicht mehr so kommen dürfe, daß die Farbe des Besitzers einer Kuh maßgebend sei für die Prämierung!

Ein Landbundesredner wendete sich scharf gegen diese Zentrumsparole, ohne jedoch neue Gedanken oder Begründungen beibringen zu können. Die Politisierung der Landwirtschaftskammer sei ein ungerechter Vorwurf, die Kammer treibe keine Politik, alle Gruppen der Kammer sind und waren immer einzig in ihren Forderungen und Wünschen. Bei den landw. Schulen seien sie bereit, ein Kompromiß einzugehen.

Der demokratische Redner teilte zunächst mit, daß der materielle Inhalt in dem vom Zentrumsredner angeführten Zeitungsartikel nach seinen eigenen Beobachtungen richtig sei. Die Kredite an die Großlandwirtschaft seien direkt von der Reichsbank, die an die kleine und mittlere Landwirtschaft zunächst an die Genossenschaften gegeben worden, die Zinsen der Reichsbank seien etwas niedriger gewesen. Die Landwirtschaft in der Südwirtschaft des Reiches müsse scharf beobachten, daß neben der Förderung der Großlandwirtschaft des Nordens und Ostens, die badische Landwirtschaft nicht zu kurz komme. Zum Antrag der Landwirtschaftskammer bebaue er, daß wir in Baden nicht dazu kommen, so kleinliche und politische Momente auszusprechen. Seine Gruppe in der Landwirtschaftskammer habe nicht zu Politisierung beigetragen und habe leider vergeblich dagegen angekämpft. Wenn die politische Einstellung auch nicht gewesen wäre, hätte unter Umständen auch eine sachliche Beratung einen ablehnenden Standpunkt ergeben können. In Schweden sei die umgekehrte Entwicklung wie in Baden. Dort haben die Landwirtschaftskammern das gesamte landw. Interessengebiet, und die schwedische Regierung sucht und will Einfluß auf die Landwirtschaftskammern. Die Landwirtschaftskammer wäre wohl in der Lage, die gesamten Gebiete zu übernehmen, dem Staate müßte aber ein Mitwirkungs- und Kontrollrecht gegeben werden, und so bedeute die Annahme des Antrages kein Ausschalten des Staates. Die Auffassung sei richtig, daß wenn eine Institution diese Aufgaben des Staates übernehmen wolle und könne, man ihr diese Aufgaben ruhig übertragen kann, und ein Teil seiner politischen Freunde werde daher zustimmen.

Ein zweiter Landbundesredner teilte mit, daß nicht der Reichslandbund, sondern der Reichsbund der Gutsböfe durch dessen Geschäftsführer es fertig gebracht habe, Kredite über das eigene Bedürfnis hinaus zu bekommen, und diese nicht selbst benötigten Gelder dann wieder zu weit höherem Zinsfuß weiter verliehen worden seien! Das sei ein Unfug und eine Ungeheuerlichkeit sondergleichen. Was die badische Landwirtschaft etwas von diesen Krediten erfahren habe, seien sie schon verbraucht gewesen. Zur Landwirtschaftskammer übergehend betonte auch dieser Redner, daß die Kammer gar keine Zeit habe, sich mit politischen Dingen zu beschäftigen, und trat nochmals für den Antrag ein unter Zustimmung, daß Einfluß- und Mitwirkungsrecht des Staates gewahrt werden müßten.

Der sozialdemokratische Redner äußerte zunächst seine Zufriedenheit darüber, daß auch der Landbund endlich zur Einsicht gekommen sei, daß man durch Belegung und Beschäftigung der Landwirtschaft tätigen könne.

In dem Antrag, der Landwirtschaftskammer gewisse staatliche Aufgaben und Gebiete zu übertragen, fehle nur noch, daß die Landwirtschaftskammer die alleinige und ausschließliche Befugnis habe, die Schutzgölle festzusetzen, dann sei alles für die Landwirtschaft erreicht.

Die Arbeiterschaft, die Konsumenten fänden nicht das gleiche Entgegenkommen. Die Forderung nach Arbeitskammern sei immer noch nicht erfüllt, und erfahre gerade dort schärfste Ablehnung, die nicht genug Selbständigkeit für die Landwirtschaftskammern erreichen könnten! Wenn der Staat der Landwirtschaft entgegen komme, habe die Arbeiterschaft glei-

des Recht. Auch sei festgestellt, daß der badische Landtag den Petitionen der landw. Arbeiter und Arbeiterinnen verweigert hat, in die Landwirtschaftskammer als ihre Vertreter gewählt zu werden. Trotzdem behaupten wir, daß die landw. Arbeiter sich nicht an der Wahl beteiligt haben. Die sozialdemokratische Partei schloß sich im übrigen der Auffassung der Regierung an, und lehnte den Antrag ab.

Der kommunalistische Redner lehnte den Antrag ebenfalls ab, und sagte, daß man dem Ministerium alles vorwerfen könne, nur nicht, daß die Landwirtschaft dabei zu kurz gekommen sei. Er verwies ferner auf die Bestrebungen von Arbeitspflicht, Arbeitsjahr, Schutzgölle, die gerade bei der Landwirtschaftskammer ihre Unterstützung fanden.

Ein zweiter demokratischer Redner lehnte den Antrag ab, bekannte sich aber grundsätzlich zu einer Überlassung staatlicher Aufgaben an die Selbstverwaltungskörper, es sei aber im Einzelnen zu prüfen, was geschehen und wie weit man gehen soll. Die Unterstellung des Unterrichtsweesens sei zu vernennen, die Landwirtschaftskammer könne auch ohne Unterrichtsweesen ihre Aufgaben erfüllen. Auch die Unterstellung der Ökonomie und Tierärzte sei nicht möglich, wo der Staat sie doch bezahlen solle! Die Veterinärpolizei kann überhaupt nicht aus der Hand des Staates gegeben werden, soll sie ihre Aufgabe erfüllen. Gegen die Überlassung neuer staatlicher Aufgaben an die Landwirtschaftskammer in heutiger Zeit und unter den heutigen Verhältnissen beständen große Bedenken, ein Teil der demokratischen Partei könne daher dem Antrag nicht zustimmen.

Der Vertreter der liberalen Volkspartei bezeichnete die Übertragung neuer Aufgaben an die Landwirtschaftskammer für wünschens- und erwidrigenswert, der vorliegende Antrag sei aber zu weit gehend, insbesondere was Schule und Veterinärwesen betreffe.

Die Landwirtschaftskammer habe aber doch gezeigt, daß sie mit dem Landbund nicht identisch sei.

Der Sprecher der deutschnationalen Partei stimmte dem Antrag zu, unter der Annahme, daß auch so den berechtigten Vorstellungen wegen Schule- und Veterinärwesen Rechnung getragen werden könne.

Von Zentrum-Seite war eine Entschließung eingegangen wie folgt: „Die Regierung wird ersucht, hinsichtlich der Rentenbaufkredite für die Landwirtschaft und der Kredite für die Auswinterungsschäden beim Reiche 1. eine genaue Aufstellung über die Verteilung zu verlangen, 2. bei etwaiger Veranschlagung der badischen landwirtschaftlichen Interessen mit Nachdruck Verwahrung einzulegen und entsprechenden Ausgleich zu Gunsten Badens zu verlangen, und 3. in dieser Sache Fühlung mit den süddeutschen Ländern zu nehmen.“

Die liberale Volkspartei brachte, im Falle der Ablehnung des Landbundes folgenden Eulentwurf an: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung um die Vorlage eines Gesetzesentwurfs zu ersuchen, wonach die Förderung der Landwirtschaft unter Überlassung der im Staatsvoranschlag dafür vorgesehenen Mittel der badischen Landwirtschaftskammer als Selbstverwaltungskörper übertragen wird. Das landwirtschaftliche Unterrichtsweesen soll dem Staat verbleiben. Ebenso sollen die Ökonomie- und Veterinärärzte Staatsbeamte bleiben und der Landwirtschaftskammer für ihre Aufgaben zur Verfügung stehen.“

In der Abstimmung wurde der Landbundesentwurf auf Übertragung aller Aufgaben der Landwirtschaft an die Landwirtschaftskammer abgelehnt mit 15 gegen 4 Stimmen, bei 2 Enthaltungen. Der Antrag der liberalen Volkspartei wurde ebenfalls abgelehnt mit 15 gegen 5 Stimmen, bei 1 Enthaltung. Der Antrag des Zentrums, Entschließung, einstimmig angenommen.

Die „Schau Pforzheimer Werkkunst“

Wurde heute morgen 11 Uhr im Weisen staatlicher Behörden, Vertreter der Kunstgewerkschaft in Pforzheim und der Ausstellung im Landesgewerbeamt eröffnet. Wir haben schon gestern auf die Ausstellung und was auf ihr geboten wird, hingewiesen; sie ist dem Publikum vom 20. Juli bis 3. August zugänglich gemacht. Ausstellende Firmen sind: Ludwig Ballin (Juwelen), Karl Scheuße (Uhren und Uhrenzubehöre), Louis Kuppenheim (Silber und Email), Ernst Glöden (Edelwaren), Wimmer & Rieth (Silberwaren), Ferdinand Weil (Gold- und Silberwaren), Kuh & Weiß (Silberwaren), Bauer & Wiedmann (Juwelen und Goldwaren) und Karl Eick (Mausfingerring).

Außerdem sind Privatarbeiten von Lehrern der Pforzheimer Kunstgewerkschule, von Weiblichen, selbständigen Kunsthandwerkern, sowie Schülerarbeiten aus den Klassen ausgestellt. Ein Besuch ist also lohnend. Auf den Eröffnungsaft kommen wir noch zurück.

Errichtung einer Wasserkraftanlage am Feldsee

Dem Arbeitsministerium lag kürzlich die Frage zur Entscheidung vor, ob es seine Zustimmung zur Errichtung einer Wasserkraftanlage am Feldsee geben solle. Der Entwurf ging darauf hinaus, den Feldsee als Speicherbecken zu benutzen, ihn teilweise über den höchsten bis jetzt eintretenden Wasserstand aufzustauen und zu anderen Zeiten abzulassen. Die in der Anlage gewonnene Energie sollte zur Elektrizitätsversorgung eines größeren Gafhofes dienen.

In Übereinstimmung mit dem in Fragen des Heimatsschutzes zuständigen Ministerium des Kultus und Unterrichts wurde die nach dem Wassergesetz erforderliche Zustimmung zu dem Unternehmen verweigert.

Der Feldsee zählt zu den hervorragendsten Naturschönheiten des Landes, dem jede Veränderung der natürlichen Eigenart ferne gehalten werden sollte; der Reiz dieses unberührten Landschaftsbildes würde durch die geplante Wasseranlage, insbesondere durch die künstliche Dehning und Absenkung des Wasserspiegels und durch die Errichtung einer Fassungsanlage am Auslauf des Sees einschneidend beeinträchtigt werden, auch wenn bei Ausführung der Anlage noch so sehr das Bestreben bestünde, die Eingriffe in die Landschaft möglichst wenig störend zu gestalten.

Wenn auch im Falle der Schaffung bedeutender wirtschaftlicher Werte der Gesichtspunkt des Naturschutzes dann und wann zurücktreten muß, so konnte im vorliegenden Fall doch diesem Gesichtspunkt das ausschlaggebende Gewicht nicht zuerkannt werden, da der wirtschaftliche Vorteil der geplanten Anlage nur einem verhältnismäßig kleinen Kreis zugute käme.

Diese Entscheidung dürfte den Wünschen und Anschauungen zahlreicher Natur- und Heimatfreunde entsprechen.

Tagung der evangelischen Sozialisten Deutschlands. In Weersburg am Bodensee werden vom 1. bis 5. August die evangelischen Sozialisten Deutschlands eine Tagung abhalten. An dem mitten in der Tagung liegenden Sonntag wird Kirchengang sein; Jugend- und Wohlfahrtsparter Kappes-Karlsruhe wird die Predigt halten. Am Samstag werden sprechen Pastor G. Dehn-Berlin über „Sozialismus-Evangelium-Striche“ und Pastor G. Gert-Weersburg über „Der Volksfrieden und der evangelischen Sozialisten und seine Stellung zur Wirtschaft, zum Staat und zum W. Leben“. Am Montag hält Professor Dr. Dietrich-Karlsruhe einen Vortrag über „Die Wir-

kungsmöglichkeit des Bundes in der Kirche“ und P. Biehoff-Berlin über „Die Wirkungsmöglichkeit des Bundes in der Arbeiterschaft“. Für den Dienstag sind wieder zwei Referate vorgesehen, nämlich von B. Götting-Berlin über die Organisation und von Hauptlehrer Löffler-Wüchig über Presse und Agitation des Bundes.

Der Ausbau des Murgkraftwerkes

Wer an Sonntagen auf Schwarzwaldbwanderungen das obere badische Murgtal besucht, merkt, zumal auch das Betreten der Baustellen verboten ist, eigentlich wenig von der gewaltigen Menschensarbeit, die mit Hilfe der modernen technischen Mittel daran ist.

den zweiten Ausbau des Murgkraftwerkes

weiter zu führen, denn an Sonntagen ruht die Arbeit, die sonst Tag und Nacht ununterbrochen vor sich geht. An Werktagen aber rollt der gewaltige, an Geschicklichkeit erinnernde ununterbrochene Donner der Sprengungen durch die Waldtäler, arbeiten 2100 Mann unausgesetzt in Schichten an den verschiedenen Baustellen, fördern elektrische Schienenbahnen, Schwebbahnen, Seilbahnzüge, arbeiten mit betäubendem Lärm die Steingeräte, nennungs- und Betonmischmaschinen, die in einem besonderen riesigen Aufbereitungsloche die Gesteinmassen zerhacken. Es handelt sich um den Bau des Schwarzwaldbkraftwerkes, den man noch in diesem Jahre fertig stellen will, daß das Werk, allerdings bei weitem noch nicht voller Stande, bereits provisorisch in Betrieb genommen werden kann. In zwei Jahren denkt man es endgültig fertigzustellen.

Die badische Landeselektrizitätsversorgung A.-G. (Badenwerk), unser großes auf privatwirtschaftlicher Grundlage aufgebautes staatliches Unternehmen, hatte am Freitag Vertreter der Karlsruhe, Pforzheim und Badener Presse zu einer Besichtigung geladen, die vor allem den Stand der Arbeiten zeigte, aber auch dank der ausgezeichneten Führung und Erläuterung durch den Direktor des Badenwerks, Kretzschmar, den Vorstand des staatlichen Bauamts für die Murgtalwerke, Bauamt Felmann und den Betriebsleiter des Murgkraftwerkes, Oberingenieur Gahrman, darüber hinaus den Presseleuten einen außerordentlich lehrreichen Überblick über die gesamten fertigen, im Bau befindlichen und geplanten staatlichen Murgkraftwerke gab.

Der erste Ausbau

mit dem 1913 begonnen wurde, ist bekanntlich seit Ende 1918 im Betrieb und wurde im Jahre 1919 völlig fertiggestellt. Das Wasser der Murg wird dicht unterhalb der württembergischen Grenze bei Kirchbaumwälen in einem Tagesausgleichsbecken durch ein Wehr gestaut, dann mit ganz geringem Gefälle durch einen wehrlich der Murg unterirdisch durch die Berge getriebenen mehr als 5 1/2 Kilometer langen Stollen bis in die Gegend oberhalb Forbach geführt. Die Wassermengen, die dadurch noch vermehrt werden, daß dort, wo der Stollen etwa 15 Meter unter dem Bett des wehrlichen Zuflusses der Murg, der Naumünzsch Hindurchführt, deren Wasser durch einen Einfallsschacht eingeleitet werden, mindern etwa 146 Meter über dem Kraftwerk bei Forbach in ein sogenanntes Wasserloch, ein pufferförmiges Ausgleichsbecken für plötzliche Wasserhochungen beim An- und Ausschalten der Maschinen, von wo sie in zwei Stufen den Berg herabgeführt, wehrlich sichbaren Druckrohren den 5 Turbinen zugeführt werden, die bei entsprechender Wasserzufuhr eine Höchstleistung von 30 000 PS. und mittels der angeschlossenen Dynamos (Generatoren) bis zu 22 000 Kilowatt hervorbringen. Eine solche gewaltige Kraft sind die an sich sehr kleinen Wassermengen der Murg imstande, bei dem so erzielten starken Gefälle von 146 Meter zu entwickeln. Dieser erste Ausbau ist wie gesagt fertig und versorgt vor allem Mittelbaden und Nordbaden längst mit Strom.

Die Besichtigung führte zunächst durch das Kraftwerk oberhalb Forbach,

das aus dem Krafthaus und dem Schalthaus besteht, wobei auch das unterhalb des Kraftwerkes liegende Ausgleichsbecken in Augenschein genommen wurde, das den Zweck hat, das Wasser der Murg wieder gleichmäßig den unterhalb liegenden verschiedenen privaten Kraftwerken zuzuführen; der durch das dortige Wehr herbeigeführte Stau bis zu 10 Meter wird übrigens durch ein besonderes kleines Niederdruckkraftwerk ausgenutzt, das die Jahresleistung des Hochdruckwerks immerhin um 4 bis 5 Millionen Kilowattstunden noch erhöht. Das große Krafthaus, das bisher die 5 Maschinenfüße des ersten Ausbaus enthält, ist bereits durch einen umfangreichen Anbau erweitert, in dem gegenwärtig der erste

der beiden großen Maschinenfüße des zweiten Ausbaus, des Schwarzwaldbkraftwerkes mit einer Höchstleistung von zusammen 27 000 PS. aufgestellt wird. Während der erste Ausbau Francis-(Spiral-)turbinen enthält, sind die Turbinen das ein bedeutend höheres Gefälle aufweisenden zweiten Ausbaus die hier wirtschaftlicheren Pelton-(Freitrad-)turbinen.

Der Schwarzwaldbach ist ein Nebenfluß der Naumünz, die wiederum in die Murg fließt. Er soll hoch droben in den Bergen wehrlich zum Krafthaus zu einem See aufgestaut werden und wird sein Wasser durch den im Bau befindlichen unterirdischen Druckrohr von 1700 Meter Länge zunächst in ein 360 Meter über dem Krafthaus befindliches Wasserloch fenden, von wo zwei Druckrohre schieflich parallel mit den beiden viel kürzeren Druckrohren des ersten Ausbaus laufen und in die beiden Niederdruckturbinen münden.

Diese Turbinen werden zwei gewaltige Generatoren treiben, wovon der erste sich bereits in Aufstellung befindet. Zur Ausnützung der bis jetzt ungenützt abfließenden Hochwasser der Murg werden mit jedem der beiden Maschinenfüße Speicherpumpen verbunden, welche zu Zeiten geringer Belastung, also vor allem in der Nacht, das aus dem Druckstollen des ersten Ausbaus ihnen schon mit einem Druck von 14 Atmosphären zuströmende überschüssige Wasser der Murg, angetrieben von den dann als Elektromotoren dienenden Generatoren des zweiten Ausbaus, durch den Hochstrang und Druckstollen des Schwarzwaldbkraftwerkes in den Stausee hinaufspülen, während die beiden Turbinen leer mitlaufen. Um die erforderliche hohe Umdrehungsgeschwindigkeit zu erzielen, sind sie durch Vorlege mit den Generatoren verbunden, deren sich bei einem der Maschinenfüße gleichfalls bereits in Aufstellung befindet. Durch diesen An- und für sich ja ziemlich komplizierten Vorgang wird natürlich nicht die ganze sonst ungenützt abfließende Wasserkraft erhalten, sondern etwa nur 50 Prozent.

Die Besichtigung führte weiter durch das nördlich des Krafthauses gelegene Schalthaus, das für den zweiten Ausbau gleichfalls bereits eine umfangreiche Erweiterung erfahren hat. Man sah den inneren eingerichteten Betätigungsraum, der den Strom überall dort hinleitet, wo er benötigt wird, Pläne des Leistungsgewebes des Badenwerks in Mittel- und Nordbaden (auch das davon getrennte Leistungsgeweb in der Bodenseegegend) und vor allem die Transformatorstation, welche den erzeugten Strom in die für die Fernleitungen benötigten hohen Spannungen umformt.

Nach am Vormittag wurde mit der Drahtseilbahn eine Fahrt die Hochleitungen entlang, hinauf auf die schwindelnde Höhe der Anstimmung des bereits durchgeführten und jetzt in der

Ausbeconierung befindlichen Schwarzwaldbkraftwerkes gemacht und der Stollen bis zu dem tief im Berg befindlichen, einen gewaltigen Kuppelraum darstellenden Wasserloch begangen.

Nach der Rückkehr und einem im Forbacher Bahnhofshotel gemeinsam eingenommenen Mittagmahl, begann der interessanteste Teil der Besichtigung. Es ging mit Automobilen über Naumünz nach hinauf zu der

im Bau befindlichen Schwarzwaldbkraftverre.

Zunächst einige Zahlen und tatsächliche Angaben: Es soll ein Stausee von 15 Millionen Kubikmeter (das Tagesausgleichsbecken bei Kirchbaumwälen umfaßt 300 000 cbm) im Tal der Naumünz durch eine Staumauer von 67 Meter Höhe aufgestaut werden. Der See wird 2,2 Kilometer Länge haben. Die Krone der Staumauer, welche beide Talseiten in leichtem Bogen verbindet, wird 360 Meter lang und 6 Meter breit werden. Unten ist der Fuß der Mauer 60 Meter breit. Sie erfordert Beton- und Steinmaterial von einem Rauminhalt von 20 000 cbm.

An der Arbeitsstelle im Schwarzwaldbtal ist eine Barackenstadt mit Gewerbetreibenden, Schuhmachern, Schneidern, Friseurgeschäften usw. entstanden, die 1500 Arbeiter beherbergt, weitere Arbeiter kommen aus den Orten der Umgebung, so daß gegenwärtig insgesamt 2100 Mann tätig sind. Die gewaltige Masse des unteren Teils der Staumauer fällt sogleich in die Augen, daneben der Zubereitungsloche, ein hohes Holzgerüst, von wo aus mehrere elektrisch betriebene Kranenbahnen hoch über die Baustelle laufen. Unausgesetzt betäubend rattern in dem Lärm die Steinquetsch-, Sortier- und Betoniermaschinen, laufen die Paternosterwerke mit Steinbruch und die Gummiförderbahnen mit Zementfäden. Die Kranenbahnen befördern fortwährend die an den Laufstufen hängenden 2 cbm fassenden sich auf den Arbeitsstellen entleerenden Behälter mit dickflüssigem Beton. Zum Silo rollen die elektrischen Schienenbahnen mit dem im nahen Steinbruch gewonnenen Granitmaterial, dem von Naumünz nach mit einer Seilbahn heraufgeschafften Zement, Kalk und zerklüfteten vulkanischen Tuff, den Bestandteilen des Betons für die Staumauer. Von diesen Zusatzmaterialien werden im ganzen 17 Waggons im Tag verbraucht, 1000 cbm Beton stellt der Silo im Tag her. Dazwischen hallen, ähnlich einem Fliegerbombardement, am Steinbruch unausgesetzt die Sprengungen, eine gewaltige Symphonie der Arbeit.

Die Staumauer wird nicht kompakt aufgemauert und ausgegossen, sondern

in einzelnen gewaltigen Baublöcken

hergestellt. Während der Beton sich langsam bindet, erwärmt er sich, dehnt sich aus, zieht sich beim Erkalten wieder zusammen und würde dann Sprünge aufweisen. Die Einwirkung der Mauer in Baublöcke, deren Wände durch dünne Lehmschichten vergast, getrennt sind, verhindert dies. Die Mauer ist dann allerdings kein einziges Stück, aber die Rippen werden auf der Wasserseite durch Kupferbleche geschlossen. Hier wird auch die Mauer durch Aufspritzung von Zement (Kortretverfahren) und Asphalt gebildet. Die Mauer enthält nicht durchweg Beton, sondern auch große Granitblöcke, welche durch ihre verzahnte, unregelmäßige Form und Einfügung ihre Festigkeit verstärken. An den beiden Hangseiten wird sie zur Zeit tief in den Berg bis zu den festesten Gesteinsschichten eingetrieben. Nach Fertigstellung der Staumauer wird deren Krone 670 Meter Meereshöhe erreichen. Ihre tiefste Stelle liegt 603 Meter, ihre bis jetzt erreichte Höhe 623 Meter über dem Meer. Noch etwa 10 Meter weiter muß sie gefördert werden, damit Ende des Jahres der vorläufige Betrieb des Schwarzwaldbkraftwerkes in Gang kommen kann. Dann fehlen immer noch 87 Meter bis zum völligen Ausbau. Nicht zu vergessen ist, daß die unten 50 Meter dicke Mauer sich nach oben schieflich auf 6 Meter verjüngt, dabei sich allerdings, da sie ja die beiden Hangseiten miteinander verbindet, erheblich verlängert. Die fertiggestellte Staumauer wird auch eine ästhetisch ansprechende Form erhalten wie ja auch bisher auf das Landschaftsbild durch die künstlerische Veranlagung von Baurat Wiesland überall größtmögliche Rücksicht genommen wurde. Die Architektur des Kraftbaues bei Forbach läßt in dieser Hinsicht keine Befürchtungen aufkommen.

Auf der Baustelle kann man sich bereits ein Bild des künftigen Stausees machen, die Straßen, die ihn 1 1/2 Meter über seinem höchsten Spiegel umziehen werden sind bereits fertig. Alles darunter wird von Wasser begraben werden, darunter zum größten Teil bereits gefällte Waldstücke, einige Gehöfte, deren Bewohner nach Herrensweis übersiedeln und ein Haus der „Naturfreund“.

Im Anschluß an die Besichtigung der Staumauer wurde der hier fast fertig ausgemauerte Schwarzwaldbstollen auch von dieser Seite eine Strecke lang bezogen und die tief im Berg befindliche Schiebelammer, durch die sein Wasserzufluß reguliert werden wird, besichtigt. Der Stollen wird ziemlich tief unter dem Spiegel des Stausees diesem mittels eines Entnahmesturms das Wasser entnehmen und hat quert eine aufsteigende Richtung.

Bei der Besichtigung wurde nach Aufschluß über den geplanten 3. Ausbau

gegeben. Es soll das Wasser der Naumünz oberhalb Eberbronn gestaut und mit Hilfe von Stollen gleichfalls dem Schwarzwaldbkraftwerk zugeleitet werden. Darauf ist bereits bei den jetzigen Arbeiten Rücksicht genommen. Das Wasser soll später in den Stausee eingeleitet werden. Bereits jetzt wird übrigens das Wasser der Naumünz von einem kleinen Baukraftwerk ausgenutzt.

Zum Schluß der Besichtigung gab in der Kammer des Schwarzwaldbkraftwerkes beim Kaffee Redakteur Peter-Karlsruhe dem Badenwerk und seinen anwesenden Vertretern gegenüber den Dank der Presse Ausdruck, die durch ein teils bereits fertig, teils werdendes Wunderwerk der Technik geführt worden sei.

Kurze Nachrichten aus Baden

W. Mannheim, 19. Juli. Die Firma Heinrich Lang, die für nächsten Montag — wie gemeldet — die Stilllegung ihres Betriebes angezeigt und zu diesem Zeitpunkt den Arbeitern gekündigt hatte, ist nach allerdings noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen über die Erlangung von Krediten zu dem Entschluß gekommen, den Betrieb vorläufig nur noch acht Tage weiterzuführen. Man hofft, daß das Werk auch über diese Zeit hinaus die Arbeit fortsetzen kann.

Kielingen, 16. Juli. Am Sonntag den 13. Juli (Tag des Anielinger Pferderennens) hielt die Pferdebesitzer-Gesellschaft der Stadtgemeinde im Rathausaal eine Obmannerversammlung ab. Geleitet wurde die Versammlung durch den feinerzeitigen Gründer u. jetzigen Präsidenten der badischen Pferdebesitzer-Gesellschaften Geh. Regierungsrat Oberamtmann Dr. Guth-Bender in Mannheim. In der Hauptsache wurden die künftigen Aufgaben der Pferdebesitzer-Gesellschaften besprochen und die Richtlinien für die nächsten Jahres festgelegt. Anstelle des wegen geschäftlicher Arbeitsüberhäufung zurückgetretenen ersten Vorsitzenden Franz Fischer in Karlsruhe wurde Bezirksleiter, Veterinär Dr. Gerspach in Karlsruhe zum ersten Vorsitzenden und der selbiger erste Vorsitzende einstimmig zum Ehrenpräsidenten der Pferdebesitzer-Gesellschaft ernannt.

Freiburg i. Br., 18. Juli. Das hiesige große Schöffengericht beurteilte in der heutigen Verhandlung den Doppelmörder Hundertpfund zweimal zum Tode. Hundertpfund hat bekanntlich im Herbst vorigen Jahres das Ehepaar Kläpfer in Saig bei Litzsee ermordet und sich deren Anwesen angeeignet, wo er längere Zeit mit seiner Braut wohnte. Als die Sache ruckbar wurde, verschwand Hundertpfund und konnte erst nach längerer Zeit in der Fremdenlegion entdeckt werden, von wo er von den Franzosen ausgeliefert wurde.

Kommunale Rundschau

Ein kommunales Konflikt in Heidelberg. Der Bürgerausschuß der Stadt Heidelberg lehnte am fünften Tag der Verhandlungen bei der Schlussabstimmung mit 46 gegen 32 Stimmen ganz unerwartet den Voranschlag ab. Für die Ablehnung stimmten die Deutschnationalen, die Liberale Volkspartei, das Zentrum und die Kommunisten, für die Annahme die Demokraten und Sozialdemokraten. Oberbürgermeister Dr. Wals, der bereits 38 Jahre in der Stadtverwaltung tätig ist, gab, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, nach der Abstimmung eine Erklärung ab, die dahin lautete, daß er die Ablehnung des Voranschlags als ein Mißtrauensvotum gegen die Verwaltung und seine Person ansehe und seine Konsequenzen daraus ziehe, indem er morgen sein Amt als Oberbürgermeister niederlegen werde.

Aufhebung der Fremdensteuer in Freiburg. Gegen den Beschluß des Stadtrats hat der Bürgerausschuß mit großer Mehrheit die Aufhebung der Fremdensteuer beschloffen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Deutsche Werkbund hält seine diesjährige Jahresversammlung in den Tagen von 23.—26. Juli in Karlsruhe ab. U. a. wird Kultusminister Dr. Heppach über „Die Erziehung der Arbeit“ sprechen.

Städt. Konzerthaus. Auf die heute Samstag abends 8 Uhr stattfindende Erstaufführung der Operette „Die schöne Wivaldin“ sei hiermit nochmals hingewiesen und gastiert, wie bereits bekanntgegeben, in der Partie des „Egon“ der hier noch in bester Erinnerung stehende Operettentenor Kurt Schütt. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffter; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mühl. — Morgen Sonntag gelangt ebenfalls „Die schöne Wivaldin“ zur Wiedergabe mit Kurt Schütt als Gast und beginnt die Sonntagsvorstellung um 7 1/2 Uhr. Montag und täglich finden ebenfalls Wiederholungen von „Die schöne Wivaldin“ statt.

Handel und Wirtschaft

Konkurse in Baden. Firma Hef u. Co., Zigarrenfabrik in Karlsruhe, Konkursverwalter: Dipl.-Kaufmann Eng, Anmeldefrist: 14. August, Prüfungstermin 8. Sept. Schuhwarenhandlung Johann Schent in Eubigheim, Konkursverwalter Rechtsanwalt Tiefel in Adelsheim, Anmeldefrist: 10. August.

Über 2000 Firmen unter Geschäftsaufsicht. Die Zahl der unter Geschäftsaufsicht stehenden deutschen Firmen ist nach den bisherigen Feststellungen des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels auf weit mehr als 2000 angewachsen. Die tägliche Zunahme betrug in den letzten Tagen durchschnittlich 26 Firmen. Günstigerweise macht sich die Wirkung der Novelle zur Geschäftsaufsichts-Verordnung dadurch bemerkbar, daß jetzt täglich durchschnittlich 21 Geschäftsaufsichten aufgehoben werden, so daß zu hoffen ist, daß in Kürze alle unläuterer und konkurrierenden Elemente aus der Geschäftsaufsicht ausgeschieden sein werden. Eine Zusammenstellung der Geschäftsaufsichtsfirmen ist durch den Zentralverband des Deutschen Großhandels, Berlin W. 8, Bubapeterstr. 21, in zunächst drei Listen erfolgt und bei ihm erhältlich.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe.

Direktion: Adalbert Steffter.

Heute, Samstag, abends 8 Uhr.

Die schöne Wivaldin.

Egon: Kurt Schütt a. G.

Morgen, Sonntag, abends 7 1/2 Uhr.

Die schöne Wivaldin.

Egon: Kurt Schütt a. G.

Montag, den 21. Juli 1924 und täglich, ab 8 Uhr.

Die schöne Wivaldin.

Schau Pforzheimer Werkkunst
und
Ausstellung der Badischen Kunstgewerbeschule Pforzheim
in der
Badischen Landesgewerbehalle Karlsruhe
Karlsruherstraße 17
vom 19. Juli bis 3. August (einschließlich)
Geöffnet Werktags (außer Montags) von 10—1 und 3—6 Uhr, Sonntags von 11—1 und 3—6 Uhr
Eintritt 40 Pfennig

Lungen- und Asthmakranken!
ist unser Kräuter-Tea „Silvana“ von hervorragender, vorbeugender Wirkung. „Ihr Tea hat bei mir direkt Wunder gewirkt“, schreibt E. W. in F. „Anspruch, Nachtschweiß, Fieber, Husten, Atembeschwerden hören sofort auf“. „Unser Arzt freute sich selbst, daß der Tea mir bekommt“. „Appetit und Wohlbefinden haben sich“, so lautet täglich einlaufende Dankschreiben. Pro Paket Mk. 1.— Nachnahme. Laut beschrifteter Bestätigung frei verkäuflich. D. 466
Silvana-Gesellschaft, Launing-Donau 91.

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche
Im Hinblick auf den Rückgang der Maul- und Klauenseuche in den Nachbarländern hat das Ministerium des Innern die am 21. Februar 1924 getroffene Anordnung, wonach sämtliches von Händlern nach Baden eingeführte Rindvieh einer siebentägigen potogeligen Beobachtung unterworfen wird, zurückgenommen.
Karlsruhe, den 17. Juli 1924. D. 390
Bezirksamt Abt. II b.

Verschiedenes

Ein neues Ferienheim für Handel und Industrie
Das in Schellenberg bei Berchtesgaden gelegene fröhliche Ordenshaus des St. Georg-Mittelordens, das seit 1919 von dem Mutterhaus der Missionen-Benediktinerinnen in Kufing benutzt worden war, ist in den Besitz der Ferienheime für Handel und Industrie (Deutsche Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime) zu Wiesbaden übergegangen. Die Lage von Schellenberg gehört mit zu den schönsten im oberbayerischen Gebirge. Das Haus wird nach einigen Umbauten etwa 40 bis 45 Gästen gleichzeitig Unterkunft bieten können. Weitere Auskunft erteilt die Hauptgeschäftsstelle der genannten Gesellschaft in Wiesbaden Wilhelmstraße 1.

Der zweite Mahardtprozess

In dem Prozess gegen den früheren Vorsitzenden der Berliner Handwerkskammer, Karl Mahardt, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten wegen schwerer Untreue, aktiver Bestechung, Betrugs und Kettenhandels eine Gesamtfürsorge von vier Jahren Gefängnis und 25000 Mark Geldstrafe und gegen den Sohn des Hauptangeklagten Erich Mahardt wegen der gleichen Delikte eine Gesamtfürsorge von fünf Jahren sechs Monaten Gefängnis, fünf Jahre Freiverlust und 120000 Mark Geldstrafe und gegen die übrigen drei Angeklagten Gefängnisstrafen von vier Monaten bis zwei Jahren sechs Monaten. — In seinem Plädoyer stellte der Staatsanwalt fest, daß bei dem Geschäft, das die Danziger Werft betrifft, die Angeklagten einen unrechtmäßigen Gewinn von sieben Millionen Mark erzielt hätten. Wenn diese Summe dem Handwerk selbst zugeflossen wäre, dann hätte es die Wirtschaftskrise besser überleben können.

Staatsanzeiger

Nr. 62 313. Norm. XXIV 4, VII. Lotterien und Auspielungen.

An die Bezirksämter.

In den Tageszeitungen tauchen gegenwärtig überall Ausschreibungen auf, in denen „Preisrätsel“ aufgegeben und für die Lösung eine Anzahl Gewinne ausgesetzt werden, die unter den Einsendern richtiger Lösungen zur Verlosung gelangen sollen. Dabei ist regelmäßig bestimmt, daß mit der Lösung ein bestimmter Geldbetrag, sei es für Porto, sei es als Kaufpreis für einen Gegenstand, eingekauft werden muß, und es ist auch im übrigen der Auslosungsplan in großen Zügen bekannt gegeben. In diesem ist vielfach auch bestimmt, daß sich die Werte der Preise je nach Mehr- oder Minderbeteiligung erhöhen oder vermindern können; auch ist häufig die Gewinnerzahl, bei deren Erreichung die ersten (d. h. wertvollsten) Preise, verlost werden, so hoch gegriffen, daß mit der Gewinnung einer so großen Zahl von Gewerbern nicht gerechnet werden kann.

Der Herr Generalstaatsanwalt hat Veranlassung genommen, die Staatsanwaltschaften darauf hinzuweisen, daß solche Veranstaltungen regelmäßig den Tatbestand des § 288 Abs. 1 oder 2 des Reichsstrafgesetzbuches erfüllen, wobei auch zu prüfen sei, ob die Aufnahme solcher Inserate in Zeitungen als Beihilfebehandlung anzusehen ist. Die Bezirksämter werden angewiesen, erforderlichenfalls für die nötige Aufklärung der Geschäftswelt ihres Bezirkes einschließlich der für den Inseratenteil verantwortlichen Zeitungsredakteure zu sorgen. Auch werden sich die Bezirksämter in geeigneten Fällen darüber schlüssig zu machen haben, ob die Unterjagung des Handels wegen Unzuverlässigkeit angebracht erscheint. Es wird empfohlen, bei Befämpfung dieser ungesunden Erscheinung des Wirtschaftslebens in enger Fühlung mit den Staatsanwaltschaften zu bleiben.

Karlsruhe, den 18. Juli 1924.
Der Minister des Innern
Kemmle

Bekanntmachung.
Dem Apotheker Otto Krauß von Kappelroden wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer selbständigen neu zu errichtenden Apotheke in Brühl, Amt Mannheim, verliehen.
Karlsruhe, den 14. Juli 1924.
Der Minister des Innern
Kemmle

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Ernannt:
Die Gendarmeriewachmeister Heinrich Brenner in Endingen, Adolf Kuttuff in Reckingen, Wilhelm Borgebel in Büchelertal und Karl Geißler in Oberwiltstadt zu Gendarmeriewachmeistern; zu planmäßigen Gendarmeriewachmeistern die Wachmeister Josef Herr in Bonndorf, Hermann Dietrich in Donaueschingen, Anton Gehrig in Stockach, Emil Hügel in Säckingen, Oskar Sauerbeck in Konstanz, August Schultze in Lörrach; die Notarmeister Zaver Schärer in Wolfach, Albert Reinhard in Welsheim, Karl Scherer in Waldshut, Karl Westermann in Eßern, Josef Zbach in Oberkirch, Adolf Eppel in Wiesloch, Heinrich Schneider in Durlach, Wilhelm Schmitt in Mosbach.
Die Verwaltungsobersekretäre Johann Wegmann beim Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe, Ernst Karg beim Bezirksamt Mannheim, Leonhard Werberich beim Bezirksamt Buchen, Otto Würker beim Bezirksamt Wolfach, Wilhelm Speck beim Bezirksamt Ettlingen, Emil Karch beim Bezirksamt Mannheim, Josef Köhler beim Bezirksamt Mannheim, August Saller beim Bezirksamt Karlsruhe zu Verwaltungsobersekretären, Wachmeister Ernst Dietrich in Mannheim zum planmäßigen Polizeiwachmeister.

Befördert:
Verwaltungsoberinspektor Karl Gehring bei der ehem. antiken Fürsorgestelle in Heidelberg zum Bezirksamt Heidelberg, Verwaltungsoberinspektor Karl Geppert bei der ehemaligen Fürsorgestelle in Pforzheim zum Bezirksamt Pforzheim, Polizeiwachmeister Karl Hempel in Pforzheim nach Heidelberg.

In den einseitigen Ruhestand versetzt:
Polizeiaffizient Karl Dohs in Heidelberg, Polizeiobersekretär Martin Herrmann in Heidelberg.

In den Ruhestand versetzt:
Die Gendarmeriewachmeister Hermann Gendörfer in Dörrach, Julius Probst in Wertheim und Ludwig Bader in Endingen.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Privatdozent an der Technischen Hochschule Hannover Dr. Ing. Adolf Friedrich mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 zum planmäßigen Professor der Psychologie an der der Technischen Hochschule hier.
Handelsschüler Richard Walteur am Staatstechnikum in Karlsruhe zum Direktor der Handelsschule Pforzheim.

Ministerium der Finanzen

Ernannt:
Der Bauinspektor Wilhelm Wiestler in Heidelberg zum Bauoberinspektor.

Domänenabteilung

Ernannt:
Kanzleiaffizient Emma Groß bei der Domänenabteilung des Finanzministeriums zum Finanzassistenten.

Kein Laden!
Teppich-Huber
Gardinen / Cocos / Niedrige Preise
Karlsruhe, Kaiserstraße 235 (Nähe Hirschstr.)

Buchdruckerei und Verlag
G. Braun & Co.
vormals G. Braun & Co. Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Karlsruhe
Modern eingerichtete
leistungsfähige Buchdruckerei
Herstellung von
Werken, Zeitschriften
und Drucksachen
jeder Art
Schnelle und sorgfältige Ausführung

Metallbetten
Stahlmatt, Rinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmattfabrik Sulz (Hb.).
Gelernter
Verwaltungsbeamter, 24 Jahre alt, mit guten kaufmännischen Kenntnissen, sucht Stellung in Industrie oder Großhandel. Eintritt könnte sofort erfolgen. Angebote unter D. 469 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.
F. 55. Wähl. über den Nachschlaf des am 7. Februar 1920 in Stuttgart verstorbenen, zuletzt in Büchsellager wohnhaften Kaufmanns Ludwig Großmann ist auf Antrag des Nachlassverwalters, Buchrevisor Karl Paul in Karlsruhe, heute am 17. Juli 1924, vormittags 11 Uhr, das Konkursverfahren wegen Überschuldung des Nachlassverwalters eröffnet worden. Nachlassverwalter Schaubert in Bühl wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 5. August 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Samstag, den 16. August 1924, vormittags 10 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wurde aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch

nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. August 1924 Anzeige zu machen.
Wähl. 17. Juli 1924.
Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts.
F. 54. Karlsruhe. Die am 17. Juni 1924 über die Weingroßhandlung Ernst Kranich & Co. in Karlsruhe angeordnete Geschäftsaufsicht wird weiterhin auf 2 Monate angeordnet, nachdem ein Vergleichsvorschlag eingereicht wurde.
Karlsruhe, 16. Juli 1924.
Gerichtsschreiber bad. Amtsgerichts A III.
F. 58. Oberkirch. Über das Vermögen der Firma Herr & Zugi G. m. b. H. in Oppenau wurde heute am 18. Juli 1924, nachmittags 5 1/2 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da die Gesellschaft zahlungsunfähig ist.
Der Rechtsanwalt Oswald Oberkirch wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 6. August 1924 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf Donnerstag, 14. August 1924, nachmittags 4 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den gleichen Tag, nachmittags 4 1/2 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird auf-

gegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. August 1924 Anzeige zu machen.
Oberkirch, 18. Juli 1924.
Der Gerichtsschreiber.
Hochbauarbeiten für Umbau des 1st. Abortgebäudes in Pforzheim nach den vorläufigen Bedingungsprotokollen der Reichsbahndirektion Karlsruhe vom 1. Juni 1924 öffentlich zu vergeben: Grab-, Maurer-, Steinbauer-, Zimmer-, Schmelde-, Wechner-, Schieber-, Berpuh-, Terrazzo-, Hartgesteinbodenbelag, Glaser-, Schreiner-, Schlosser-, Installations-, Anstreicharbeiten und Lieferung von Malzfeinstreuer. Zeichnungen, Bedingungsprotokolle und Arbeitsbeschreibungen auf unserem Baubüro Pforzheim, Luifenstraße 2, zur Einsicht; dort auch Abgabe der Angebotsvordrucke gegen Selbstkostenpreis. Angebote mit Aufschrift, verschlossen, portofrei, bis längstens 24. Juli ds. Jrs., 10 Uhr vormittags, bei dem Baubüro Pforzheim einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen.
Karlsruhe, 12. Juli 1924.
Bahnbauinspektion I.
Umbau zweier Ampferbrücken auf der Oberrheinbahn zwischen Königshofen und Sachfenster nach den vorläufigen Bedingungsprotokollen der Reichsbahndirektion Karlsruhe einzeln oder zusammen öffentlich zu vergeben (je etwa 290 cbm Erdbausub im Vadbett, 180 cbm Beton, 17 cbm Sandsteinquader, 2000 kg Runds- und Flachisen, 110 kg Isolierung, 61000 kg alte Brückenträger Abbruch und Verkauf). Bedingungsunterlagen liegen bei uns zur Einsicht auf; hier auch Abgabe der Angebotsvordrucke gegen Kostenerfolg von 2.50 Goldmark und nähere Auskunft über die Baustellen. Angebote verschlossen, portofrei, mit Aufschrift „Ampferbrücke“ bis längstens zum Eröffnungsstermin am Samstag, den 2. August 1924, vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. F. 57
Lauda, 17. Juli 1924.
Bahnbauinspektion.
Entwässerungsarbeiten. Herstellen zweier Entwässerungsanlagen nach den vorläufigen Bedingungsprotokollen der Reichsbahndirektion Karlsruhe vom 1. Juli 1924 zu vergeben: a) Entwässerung der Dienst- und Dienstwohngebäude im Sammelbahnhof Mannheim: 630 qd. m Hochleitung, 9 Einleiterschächte, 1 Wassertranchschacht, 2 Straßensinkfluten. b) Entwässerung des hahneigenen Wohnviertels beim Bahnhof Seckenheim: 700 qd. m Hochleitung, 10 Einleiterschächte. Zeichnungen und Bedingungsprotokolle auf unserem Geschäftszimmer, Tunnelstr. 5 (Zimmer 17) einzusehen, daselbst Abgabe der Angebotsvordrucke. Kein Versand nach auswärtigen. Angebote verschlossen, portofrei, mit Aufschrift „Entwässerung Sammelbahnhof Seckenheim“ bis 28. Juli 1924, vormittags 11 Uhr, an uns einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. F. 1921
Mannheim, 16. Juli 1924
Bahnbauinspektion I.